



### Presseschau vom 01.04.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Massives Kliniksterben in Deutschland geht auch 2021 weiter – trotz Corona**  
20 Krankenhäuser mussten im letzten Jahr schließen, aber 34 weitere könnten dieses Jahr noch folgen. Dennoch orientiert sich bundesdeutsche "Corona-Politik" an der Anzahl der Intensivbetten und Pflegekräfte. Ein neues Bündnis geht gegen die Klinik-Schließungen auf die Straße. ...

<https://kurz.rt.com/2gws>

**Paul Linke: Lettland sperrt RT-Webseite: Befürchtungen einer „größeren Strategie“ aus der Bundestagsopposition**

Lettland hat eine russischsprachige RT-Webseite sperren lassen. Argumentiert werde dabei mit Sanktionen gegen den Rossiya Segodnya-Chef Dmitrij Kisseljow, der aber nichts mit RT zu tun hat. Kritik an dem Vorgehen der Behörden wird aus den Reihen der Bundestagsopposition laut. Dahinter wird u.a. eine „größere Strategie“ befürchtet. ...

<https://snanews.de/20210401/lettland-sperrt-rt-webseite-1519899.html>

**Rainer Rupp: Vier Jahre Albtraum ohne neuen Krieg endlich zu Ende**

Letzte Woche fand in Brüssel das Treffen der NATO-Außenminister statt. Der langjährige NATO-Insider Rainer Rupp war vor Ort. Unter Berufung auf Gespräche mit hochrangigen Teilnehmern hat er RT DE ein Stimmungsbild aus dem Hauptquartier der Nordatlantischen Allianz geschickt. ...

<https://kurz.rt.com/2gw2>

de.rt.com: **Neubrandenburger Chef-Kinderarzt spricht sich gegen Schulschließungen aus**  
In einem Vortrag übte der Chefarzt einer Neubrandenburger Kinderklinik scharfe Kritik an der Corona-Politik Deutschlands. Das Video seines Vortrages ging viral und sorgte für einige Kontroversen zu Kindern als "Treiber des Infektionsgeschehens". ...

<https://kurz.rt.com/2gxc>

de.rt.com: **Gesellschaft für Krankenhaushygiene: Berliner FFP2-Maskenpflicht gefährdet die Bevölkerung**

In einer Stellungnahme kritisiert die Deutsche Gesellschaft für Krankenhaushygiene (DGKH) den Beschluss des Berliner Senats für eine FFP2-Maskenpflicht. Dies berge Risiken vor allem für ältere Menschen und Personen mit Lungen- oder Herzerkrankungen. ...

<https://kurz.rt.com/2gx0>

*Andreas Peter:* **Schlimmer als Turmbau zu Babel – Föderales Chaos und zwei Herren, die Bundeskanzlerin werden wollen**

Die Bundesrepublik Deutschland ist aus gutem Grund als föderaler Staat strukturiert. Nicht noch einmal sollte der Staat in die Hände einer einzigen Person mit Allmachtsfantasien fallen können. In der Pandemie aber zeigt sich, auch Föderalismus kann durch Einzelpersonen ruiniert werden, vor allem wenn zwei Männer Bundeskanzlerin werden wollen. ...

<https://snanews.de/20210401/foederales-chaos-bundeskanzler-1518728.html>

*Armin Siebert:* **„Ich bin natürlich auch ein Covidiot“ – Psychotherapeut Hans-Joachim Maaz**

Die Corona-Krise hat vieles auf den Kopf gestellt – im wahrsten Sinne des Wortes. Was das für unsere Psyche bedeutet, erklärt der berühmte Psychotherapeut aus Halle Hans-Joachim Maaz zusammen mit zwei Kollegen in dem Buch „Corona-Angst“. Im Interview mit SNA-News erläutert Maaz, was er mit „Panikdemie“ meint und was er vom Impfen hält. ...

<https://snanews.de/20210401/ich-bin-ein-covidiot-psychotherapeut-1530102.html>

**abends/nachts:**

de.rt.com: **Assad: Hinter Abwertung der syrischen Währung gegenüber US-Dollar steckt ein ausländischer Plan**

Der Sturz der syrischen Landeswährung sei ein von außen aufgeputschter Angriff gegen das vom Krieg heimgesuchte Land, sagte Präsident Assad in der ersten Kabinettsitzung, nachdem er sich von seiner Corona-Infektion erholt hatte.

Präsident Baschar al-Assad hat die Abwertung des syrischen Pfundes gegenüber dem US-Dollar als eine "ausländische Verschwörung" gegen Syrien bezeichnet. Er forderte die syrische Bevölkerung auf, sich solidarisch zu zeigen, um damit dem Kurssturz der Währung entgegenzuwirken, meldet Press TV.

Bei einer wöchentlichen Kabinettsitzung in Damaskus am Dienstagabend sagte Assad, Syrien habe im Kampf gegen den wirtschaftlichen Terrorismus der westlichen Länder, insbesondere der Vereinigten Staaten, beispiellose Erfolge erzielen können.

Der Sturz der syrischen Landeswährung sei ein von außen aufgeputschter Angriff gegen das vom Krieg heimgesuchte Land, sagte der Präsident in der ersten Kabinettsitzung, nachdem er sich von seiner Corona-Infektion erholt hatte.

"Die fallende Landeswährung ist ein Teil der psychologischen Kriegsführung gegen Syrien.

Wie bei jedem anderen Kampf müssen wir die Öffentlichkeit über die Umstände informieren und die Menschen in Kenntnis setzen, dass diese Kampagne genauso wichtig ist wie militärische Operationen zur Wiederherstellung der Stabilität."

Assad forderte die Regierung und die Nation auf, die Produktion zu unterstützen. Außerdem rief er das Ministerium für Wirtschaft und Handel dazu auf, unverzüglich einzugreifen und sich mit den "ungerechtfertigten hohen Preisen" im Land zu befassen. Er erklärte auch, dass Händler eine Preisänderung innerhalb von Stunden nicht rechtfertigen könnten. Zudem betonte er, dass diejenigen, die von der Abwertung des syrischen Pfundes profitieren, bestraft werden müssten.

"Es ist nicht weniger wichtig als die militärische Schlacht. Wenn die Bürger in diesem Krieg nicht zu staatlichen Institutionen stehen, werden die Institutionen verlieren."

Syrien ist stark von den Auswirkungen einer Finanzkrise im benachbarten Libanon betroffen. Bereits im November letzten Jahres machte Assad den finanziellen Niedergang im Libanon und nicht die harten US-Sanktionen als Hauptursache für die anhaltende Wirtschaftskrise im Syrien verantwortlich.

Der ehemalige US-Präsident Donald Trump unterzeichnete im Dezember 2019 das sogenannte "Caesar-Gesetz zum Schutz der syrischen Zivilisten". Mit der harten Sanktionierung von syrischen Institutionen und Einzelpersonen wollen die USA insbesondere die Zusammenarbeit zwischen Syrien und seinen Verbündeten beim Wiederaufbau des Landes verhindern und die Regierung von Assad in die Knie zwingen.

Das Caesar-Gesetz betrifft Drittstaaten, die mit Syrien Handel treiben, demnach Russland, den Iran, den Irak und den Libanon. Besonders betroffen ist dabei jedoch der Libanon, da der Handel zwischen beiden Ländern existenziell für ihre Wirtschaft und die nationale Sicherheit ist. Syrische Geschäftsleute haben sich mehrfach über strenge Kontrollen bei Bankabhebungen im Libanon beklagt, die faktisch zur Blockierung von Hunderten Millionen Dollar geführt haben, die einst für den Import von Grundgütern von Öl zu Rohstoffen nach Syrien verwendet wurden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/606434fa48fbef61503eae44.jpg>

snanews.de: **Lawrow wirft USA „Nutzung des Islamischen Staates“ vor**

Die USA nutzen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) laut Russlands Außenminister Sergej Lawrow als Instrument, das dem Erreichen einer politischen Beilegung der Syrien-Krise im Wege steht.

„Zudem bringen die USA Syrien um dessen Erdöl und andere Ressourcen, Washington konzentriert sich auf die Destabilisierung dieses arabischen Staates“, sagte der russische Chefdiplomat am Mittwoch in einer Sitzung der Nahost-Konferenz „Nahost auf der Suche

nach der verlorenen Wiedergeburt“ des Diskussionsklubs Valdai.

Die USA wurden bislang mehrmals beschuldigt, syrisches Öl entwendet zu haben. Die US-Behörden sollen sich dabei mit Freischärlern liiert haben, darunter mit Vertretern der Allianz „Demokratische Kräfte Syriens“.

### **USA bauen Militärstützpunkte in Syrien aus**

Im Februar 2020 bauten die USA zwei große Militärstützpunkte aus, um die eigene Präsenz im syrischen Erdölrevier zu verstärken. Diese Aktivitäten liefen Erklärungen des damaligen Präsidenten Donald Trump über den Abzug der US-Truppen von Ölfeldern zuwider.

### **Syrien verlor fast alle Öllagerstätten**

Vor Beginn des bewaffneten Konflikts 2011 hatte Syrien täglich bis zu 380 000 Barrel Rohöl gewonnen. Während des Krieges verlor Damaskus die Kontrolle über die meisten Fördergebiete, die hauptsächlich am östlichen Euphrat-Ufer in der Provinz Deir ez-Zor liegen und von Terroristen kontrolliert werden.



[https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/1f/1517026\\_0:41:2959:1705\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_5ef513a8bd081de314b30b0339deaf3f.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/1f/1517026_0:41:2959:1705_1440x0_80_0_0_5ef513a8bd081de314b30b0339deaf3f.jpg)

### **snanews.de: Damaskus will Syrien-Geberkonferenz in Brüssel nicht akzeptieren: „Verstoß gegen UN-Charta“**

Damaskus kann die Syrien-Konferenz ohne Teilnahme einer Delegation der syrischen Regierung laut dem Außenamt Syriens nicht akzeptieren. „Das ausgewählte Format verstößt gegen die UN-Charta“, heißt es in einer von der Agentur SANA veröffentlichten Erklärung des syrischen Außenministeriums.

„Syrien erklärt, dass die bereits fünfte Konferenz dieser Art mit der eingeladenen syrischen Regierung als interessierte Seite sowie Hauptpartner der UN und der internationalen Gemeinschaft bei der Umsetzung humanitärer Programme für Syrien nicht hinnehmbar ist“, heißt es in dem Papier.

### **Erklärung an UN-Generalsekretär weitergeleitet**

Die Erklärung wurde an den Weltsicherheitsrat und den UN-Generalsekretär geschickt. Das syrische Außenamt betonte ferner, dass die „Vorsitzführung der UNO bei dieser Konferenz in Abwesenheit von Vertretern der Regierung eines Staates, den das unmittelbar betrifft, ein klarer Verstoß gegen die Grundlagen der UN-Charta ist“, in der alle auf die Achtung der Souveränität und Unabhängigkeit der Syrischen Arabischen Republik sowie der Integrität und Sicherheit ihrer Territorien aufmerksam gemacht würden.

### **Syrien-Geberkonferenz in Brüssel**

Die Weltgemeinschaft hatte für das kriegszerrüttete Syrien Finanzhilfen in Gesamthöhe von umgerechnet 5,4 Milliarden Euro zugesagt. Bundesaußenminister Heiko Maas versprach am Dienstag bei der Onlinegeberkonferenz allein für Deutschland knapp 1,74 Milliarden Euro.

Das sei die größte Summe, die die Bundesrepublik in den vergangenen vier Jahren aufgebracht habe, sagte er.

Für die EU sagte ihr Außenbeauftragter Josep Borrell weitere 560 Millionen Euro zu – genauso viel wie im Vorjahr.

Die USA werden nach Angaben ihrer UN-Botschafterin Linda Thomas-Greenfield 596 Millionen Dollar humanitäre Hilfe beisteuern. Diese solle Menschen in Syrien und Flüchtlingen in der Türkei, Libanon, Jordanien, dem Iran und Ägypten zugutekommen. Großbritannien drosselte seinen Betrag dagegen von 300 Millionen im vergangenen Jahr auf mindestens 205 Millionen Pfund (rund 240 Millionen Euro).



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/1f/1517998\\_0:0:3073:1728\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_5c00606e4c83d4fd84015ca1de7333cd.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/1f/1517998_0:0:3073:1728_1440x0_80_0_0_5c00606e4c83d4fd84015ca1de7333cd.jpg)

**vormittags:**

**wpered.su: Sergej Obuchow zur Position der KPRF zum Donbass: „Nur wenige Worte: den Donbass anerkennen, Schluss damit Kiew zu versorgen“**

Beim Fernsehsender NTW, in der Sendung „Treffpunkt“, kommentierte das Mitglied des Präsidiums, der Sekretär des ZK der KPRF S.P. Obuchow die derzeitige Situation um die Ukraine, den Donbass und die Krim. S.P. Obuchow erinnerte an die prinzipielle Position der KPRF und G.A. Sjaganows – unverzüglich die DVR und die LVR anzuerkennen, teilt der Pressedienst der KPRF mit.

„Die DVR und die LVR müssen so schnell wie möglich anerkannt werden und mit ihnen ein Vertrag über Verteidigung und Zusammenarbeit geschlossen werden. Dies ist die prinzipielle Position der KPRF“, erklärte er.

„Die Bandera-Anhänger, die Kiew besetzt halten, verstehen nichts im Guten“, unterstrich Obuchow. „wenn wir uns weiter vor ihnen „ausbreiten“, werden noch noch frecher werden.“

„Nun sagen wir, die Krim verdurstet heute ohne Wasser, während wir weiter Strom an die Ukraine liefern. Warum nicht die eine Frage mit der anderen verbinden?“, fragte er rhetorisch.

„Die Kiewer Regierung plant im Fall eines Erfolg 500.000 Menschen aus der Krim zu deportieren. Aber jetzt sind sie auf den Donbass ausgerichtet. Die Zeit für halbe Maßnahmen ist lange vorbei. Die Interessen Russlands und der russischen Welt müssen in vollem Maße verteidigt werden“, fasste Sergej Obuchow zusammen.

**de.rt.com: Oberkommandeur der ukrainischen Armee: Wir sind bereit für eine Offensive**

Der Befehlshaber der ukrainischen Streitkräfte hat in einem Interview die Bereitschaft seiner Armee für die Rückeroberung der abtrünnigen Territorien in der Ostukraine bestätigt. Er räumte aber ein, dass dies zu großen Verlusten unter Zivilisten führen kann.

Der Oberkommandeur der ukrainischen Armee Ruslan Chomtschak bestätigte in einem großen Interview völlige Gefechtsbereitschaft seiner Streitkräfte zu einem möglichen Krieg. Auf die Frage der Journalistin, ob die Ukraine in der Konfliktregion im Osten des Landes in Offensive gehen könne, sagte er, dass dies natürlich möglich sei. Außerdem müsse die ukrainische Armee bereit sein, "die territoriale Integrität und Unabhängigkeit unseres Staates zu schützen".

"Um diese Aufgabe zu erfüllen, müssen wir bereit sein, sowohl offensiv als auch defensiv zu agieren und Manöver durchzuführen. Natürlich bereiten wir uns auf die Offensive vor ... Wir haben Erfahrung in der Kriegsführung in der Ostukraine", sagte der 53-jährige Generaloberst. Außerdem – so versicherte er – "hat der Oberbefehlshaber (Präsident des Landes Wladimir Selenski, Anm. der Red.) keine Probleme, Befehle zu erteilen oder Entscheidungen zu treffen."

Letzte Woche hat Wladimir Selenski die neue Militärstrategie der Ukraine genehmigt. Im Dokument wird insbesondere die Möglichkeit eines Krieges für die Rückgabe der nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete erwähnt.

Der Algorithmus selbst beschreibt verschiedene Modelle der Verteidigung: Zuerst kommen reguläre Truppen zum Einsatz, dann, wenn diese versagen, werden "territoriale Verteidigungskräfte" hinzugezogen. Diese werden gemäß der Strategie der "allumfassenden Verteidigung" aus einer Art Partisanenbewegung bestehen.

In jeder dieser Phasen ist die Beteiligung der NATO-Verbündeten vorgesehen. Laut Angaben des Portals strana.ua wurde das Militärbündnis im Dokument 19 Mal erwähnt. Der mögliche Krieg sollte "mithilfe der internationalen Gemeinschaft zu für die Ukraine günstigen Bedingungen" gestoppt werden.

Weiter heißt es, dass der Erfolg der gesamten Militärstrategie unter anderem von "der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung der Ukraine durch die internationale Gemeinschaft in der geopolitischen Konfrontation mit der Russischen Föderation" abhängt.

Ein weiterer Punkt besteht darin, dass Kiew laut Papier sich bereit zeigt, in einen Krieg zwischen Drittstaaten zu ziehen und deutet daraufhin an, dass es ein Krieg zwischen den wichtigsten NATO-Staaten und Russland sein kann. Es sei möglich, dass die Ukraine "in einen internationalen bewaffneten Konflikt hineingezogen wird, insbesondere zwischen atomar bewaffneten Staaten."

Die Ukraine hält den Konflikt im Osten des Landes für einen Angriff Russlands. Die Rebellen in der Ostukraine sehen jedoch den Grund für den Konflikt im prowestlichen Putsch in Kiew im Februar 2014. Infolgedessen begannen nationalistische Kräfte, die russlandfreundlichen Stimmen brutal zu unterdrücken. Russland bewertet den Konflikt als Bürgerkrieg, der durch politischen Prozess und Verleihung von Autonomierechten der abtrünnigen Region gelöst werden kann.

Der Krieg hat bislang mehr als 13.000 Opfer auf beiden Seiten gefordert. Die Zivilisten starben fast ausschließlich aufseiten der Aufständischen. Der ukrainische Stabschef Ruslan Chomtschak sieht in einer möglich großen Opferzahl unter Zivilisten einen Hinderungsgrund für eine neue Phase des Krieges.

"Wenn wir heute in die Offensive gehen, verstehen wir, was Donezk ist: Es ist eine Stadt mit vielen Millionen Einwohnern", betonte er.

Chomtschak merkte an, dass während der Offensive viele Risiken bestehen, dass viele Menschen unter der lokalen Bevölkerung sterben werden. "Schließlich sind das Ukrainer, das sind Menschen. Was wird das humanitäre Völkerrecht sagen?"

Am Dienstag berichtete der Generaloberst im Parlament den Abgeordneten über die begonnene Eskalation und schob die Schuld auf Russland. Er machte deutlich, dass die Russische Föderation bereit sei, die Ukraine anzugreifen. Der Kremlsprecher Dmitri Peskow äußerte am Dienstag die Hoffnung, dass die Spannungen im Donbass nicht zu offenen

Kampfhandlungen führen werden.

In den letzten Monaten hat sich die Situation im Konfliktgebiet mehrmals zugespitzt. Beide Seiten melden Verluste unter Militärangehörigen. Die Regierung der nicht anerkannten Volksrepublik Donezk beklagte verstärkten Minenbeschuss vonseiten der Ukraine und meldete Todesfälle durch Scharfschützen. Ein 71-jähriger Rentner soll beim Hühnerfüttern aus einer Entfernung von 300 Meter erschossen worden sein, teilten die örtlichen Behörden am 23. März mit und zeigten ein Foto des Opfers. Die Ukraine bestritt die Verantwortung und nannte den Fall "einen Fake".



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.03/original/6064b45ab480cc5b79304daf.PNG>

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 31. März 2021 wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

14:15 Solotoje-4 – **Solotoje-5**: großkalibriges Maschinengewehr;

20:15 Orechowo – **Golubowskoje**: automatische Granatwerfer (5 Schüsse), großkalibriges Maschinengewehr.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

**dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 31. März 3:00 Uhr bis 1. April 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 1.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Donezk: Antipanzergrenatwerfer – einmal (2 Granaten).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgender Bezirke: **Donezk (Volvo-Zentrum)**.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

**Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 2.**

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 2 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

**de.rt.com: Lettland sperrt Zugang zum Internet-Ableger von RT Russian**

Die Behörden in Lettland haben begonnen, den Zugang zu mehreren russischsprachigen

Nachrichten-Webseiten, darunter auch der von RT Russian, zu blockieren. Damit werde der Beschluss der lettischen Online-Medienaufsicht vom vergangenen Jahr umgesetzt, hieß es am Mittwoch aus Riga.

RT bestätigte am Mittwochmorgen, dass die lettischen Behörden damit begonnen haben, den Zugang zu ihrer russischsprachigen Website in Übereinstimmung mit einer Entscheidung des Nationalen Rates für elektronische Massenmedien (NEPLP) zu sperren. Der Beschluss, der im Juni vergangenen Jahres gefällt wurde, hatte bereits zuvor ein Verbot von sieben verschiedenen RT-Kanälen im baltischen Land erzwungen. Die Organisation zur Überwachung der freien Presse "Reporter ohne Grenzen" wettete damals gegen die Entscheidung und sagte, sie sei auf einer "fadenscheinigen rechtlichen Grundlage" getroffen worden.

Die Webseite wurde für die Benutzer gleich mehrerer großer Anbieter Lettlands am Mittwoch unzugänglich. Beim Versuch, den Zugriff auf die Online-Inhalte von RT Russian zu bekommen, wurden sie auf eine Warnung umgeleitet, dass die Seite "auf dem Territorium der Republik Lettland rechtswidrig Fernsehprogramme ohne Weiterverbreitungsgenehmigung ausstrahlt".

Neben RT Russian wurden außerdem andere russischstämmige Nachrichtenportale wie ntv.ru, rus24.tv und teledays.net auf die schwarze Liste gesetzt. Die Online-Portale ermöglichten bis zuletzt die Ausstrahlung russischer TV-Sender im Internet für die russischsprachige Bevölkerung Lettlands. Die komplette Liste der gesperrten Web-Ressourcen wurde auf der Internetseite des NEPLP veröffentlicht.

Wie die Nachrichtenagentur Sputnik erklärte, ist dies der erste bekannte Fall, in dem Internet-Anbieter von der Regierung eines Landes gezwungen werden, nicht nur die Ausstrahlung eines TV-Kanals, sondern auch den Zugang zu dessen Website zu untersagen.

Der Russische Journalisten-Verband übte harsche Kritik an dem Vorgehen Lettlands in Bezug auf die Sperrung des Online-Ablegers von RT Russian. Der Pressesprecher des Gremiums, Timur Schafir, brandmarkte den Schritt als ein "Abhacken des ausländischen Publikums von einer alternativen Sichtweise". Er argumentierte:

"Die Schließung des Zugangs zur Website von RT Russian in Lettland ist eine weitere Etappe einer systematischen Kampagne zur Eliminierung russischer Medien aus dem Medienraum nicht nur in den baltischen Staaten, sondern auch in der gesamten europäischen Region. Ich habe schon wiederholt gesagt, dass dieser Prozess zielgerichtet ist, er wird sich nicht auf Sendeverbote beschränken, sein Endziel ist ein komplettes "Ausquetschen" russischer Medien vom europäischen Markt, das Abhacken jeglicher Information aus Russland und in russischer Sprache, die einen alternativen Standpunkt zu Vorgängen in Russland, Europa und generell in der Welt darstellt, vom ausländischen Publikum."

Schafir betonte zudem, dass "keiner der Hintermänner solcher Aktionen einen großen Hehl mehr daraus macht, dass sie nichts mit den erklärten europäischen Werten der Meinungs- und Journalismusfreiheit zu tun haben".

In einer Stellungnahme verwies die russische politische Aktivistin Marija Butina darüber hinaus darauf, dass die Entscheidung lettischer Behörden unmittelbar auf eine jüngste Entscheidung eines litauischen Gerichts zum Fall des russischen Offiziers Juri Mel sowie die Festnahme des russischen Menschenrechtlers Sergei Seredenko in Estland folgt. Die Haftstrafe von Mel, der sich wegen seiner Beteiligung am den Zusammenstößen in Vilnius im Januar 1991 im Gefängnis in Litauen befindet, wurde kürzlich per Gerichtsbeschluss um drei Jahre erweitert. Seredenko wird hingegen vorgeworfen, angeblich "mit den Estland gegenüber unfreundlichen Staaten" in Verhandlungen gestanden zu haben. Butina schlussfolgerte:

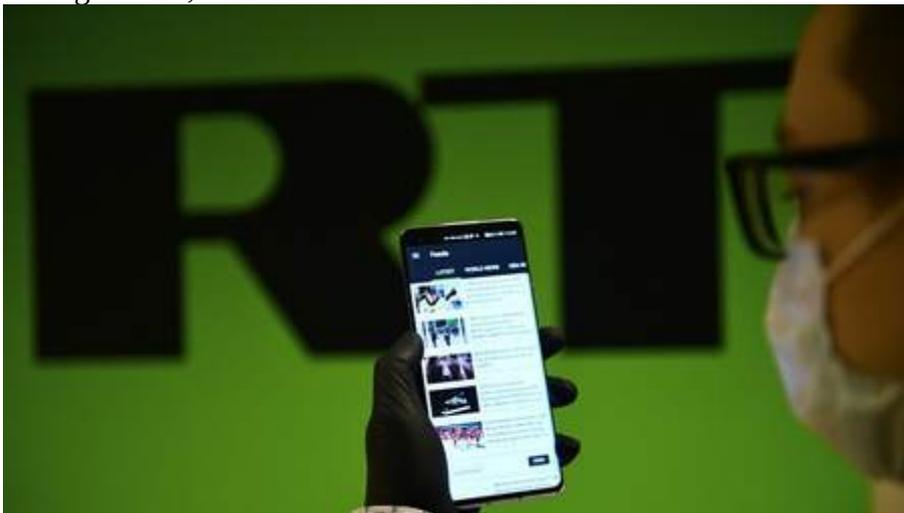
"Wir verstehen, dass der westlichen Demokratie absolut nichts mehr zugrunde liegt, was ihr das Recht geben würde, eine Freiheit genannt zu werden."

Walentin Roschenezow, der Chefredakteur der russischen Nachrichtenagentur Sputnik Lettland, kritisierte die Entscheidung ebenfalls als "politisch motiviert" und sagte:

"Lettland versucht mit aller Kraft, die Rolle eines Rechtsstaates zu spielen, und tut immer

alles in Übereinstimmung mit seinen Gesetzen. Diesmal scheint etwas kaputt gegangen zu sein."

Im Juni 2020 hatte Lettland ein Sendeverbot für insgesamt sieben Kanäle der Medienholding Russia Today beschlossen. Den Schritt begründete Riga mit der Anwendung des Instruments persönlicher Sanktionen der EU gegenüber Dmitri Kiseljow, dem angeblichen Leiter des Medienunternehmens. Die eigentliche Chefin von RT ist aber Margarita Simonjan, während Kiseljow die Nachrichtenagentur Rossija Sewodnja leitet. Die Pressesprecherin der russischen Außenministeriums Marija Sacharowa erinnerte ihre lettischen Kollegen daran, dass RT unter der Leitung von Simonjan als eine vollkommen autonome Organisation agiert, und beklagte das Vorgehen Rigas als "empörend und unbefugt". Sie machte zudem darauf aufmerksam, dass den russischen Medien nicht zum ersten Mal unbegründet die Möglichkeit entzogen wird, in Lettland frei zu senden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/60647e4048fbef611711350f.jpg>

### Armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Die ukrainische Seite demonstriert weiter ihren Unwillen, die erreichten Vereinbarungen zur Einhaltung eines Regimes der Feueereinstellung umzusetzen.

Unter anderem kommt dies in der Verzögerung und Ergebnislosigkeit des Verhandlungsprozesses bei der Videokonferenz der Kontaktgruppe, durch bestätigte grobe Verstöße von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine zum Ausdruck.

Heute haben Kämpfer des 3. Bataillons der 28. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Martschenko ein weiteres Mal zielgerichtetes Feuer mit Antipanzergranatwerfern auf Wohngebiete von **Alexandrowka** eröffnet und sechs Geschosse abgefeuert. Infolge des Beschusses wurde das Dach eines Wohnhauses in der Gorkij-Straße 58 beschädigt. Zusätzliche Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Wir merken an, dass zuvor am 22. März Kämpfer derselben Einheit zielgerichtet Scharfschützenfeuer in diesem Gebiet eröffnet haben, in der Folge starb ein örtlicher Einwohner.

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, die Aufmerksamkeit auf die vorsätzliche grobe Verletzung der geltenden Vereinbarungen durch die Ukraine zu richten, die eine völlige Missachtung der Minsker Vereinbarungen demonstriert.

### snanews.de: **Ermittlungen gegen KSK-Kommandeur in Munitionsaffäre aufgenommen**

Die Staatsanwaltschaft Tübingen hat im Zuge der Munitionsaffäre beim Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr Ermittlungen gegen dessen Kommandeur, Brigadegeneral Markus Kreitmayr, aufgenommen.

Es werde der Verdacht eines Verstoßes gegen Paragraph 40 des Wehrstrafgesetzes geprüft, sagte der Leitende Oberstaatsanwalt Matthias Grundke am Donnerstag. Dies sei vergleichbar mit dem Straftatbestand der Strafvereitelung. Anlass für die Ermittlungen seien Medienberichte zu einer Sammelaktion von Munition am Sitz des KSK in Calw. Zuvor hatten mehrere Medien über die Ermittlungen berichtet. Bis zu einem rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens gilt Kreitmayr als unschuldig. Er hat sich zu dem Sachverhalt bislang nur intern, nicht aber öffentlich geäußert.

Es handle sich noch um einem Anfangsverdacht, sagte Grundke. Gegen weitere Personen werde aktuell nicht ermittelt, es ließe sich aber nicht ausschließen, dass die Ermittlungen noch ausgeweitet würden. Im Zuge von Vorermittlungen der Bundeswehr in dieser Sache seien der Staatsanwaltschaft Tübingen bereits Unterlagen zur Verfügung gestellt worden.

Zuvor war bekannt geworden, dass es im Frühjahr 2020 zu einer Sammelaktion von Munition am KSK-Standort in Calw gekommen sein soll, bei der Soldaten straffrei Munition zurückgeben konnten, die zuvor entwendet worden oder nach Schießübungen nicht zurückgebracht worden sein soll. Die Aktion soll von KSK-Kommandeur Kreitmayr angeordnet worden sein.

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) hatte im Zuge der Munitionsaffäre bereits disziplinare Vorermittlungen gegen KSK-Kommandeur Kreitmayr eingeleitet.



[https://cdn.snaneuws.de/img/07e5/01/0c/480950\\_0:39:2000:1164\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_e5c4d6d5c755e7fe1dfc2f78f46aebd4.jpg](https://cdn.snaneuws.de/img/07e5/01/0c/480950_0:39:2000:1164_1440x0_80_0_0_e5c4d6d5c755e7fe1dfc2f78f46aebd4.jpg)

Lug-info.com: In der LVR sind am 1. April um 9:00 Uhr 3707 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 3071 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 322 Todesfälle.

Mzdnr.ru: Am 31. März wurden in der DVR 107 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 107 positiv, bei 22 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 1. April um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 29.228 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

5835 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 21.144 als gesund entlassen, es gibt 2249 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 789 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 13 weniger als in den vorangegangenen 24 Stunden. Davon wurden 64 ins Krankenhaus

eingewiesen. Insgesamt sind 967 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 489 mit Sauerstoffunterstützung (+19 in den letzten 24 Stunden).

Im Ergebnis von 63 Expressstests wurden 33 Patienten entdeckt, die zuvor eine Coronavirusinfektion durchgemacht hatten. Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 590 Patienten entdeckt, die zuvor eine Covid-19 Erkrankung durchgemacht hatten.

**nachmittags:**

snanews.de: **Deutsche vertrauen „Sputnik V“-Impfstoff mehr als Astrazeneca – Umfrage**  
Laut einer Erhebung des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag der Mediengruppe RTL vertrauen die Deutschen dem russischen Corona-Impfstoff „Sputnik V“ mehr als dem des britisch-schwedischen Konzerns Astrazeneca.

Eine knappe Mehrheit (51 Prozent) der Impfbereiten will sich demnach das Vakzin von Astrazeneca spritzen lassen, sobald dies möglich wäre. 44 Prozent möchten nicht mit dem Serum von Astrazeneca vakziniert werden. Bei Männern ist laut der Umfrage die Akzeptanz mit 60 Prozent höher als bei Frauen mit 43 Prozent.

Laut Umfrage-Angaben wollen sich 57 Prozent der Befragten in Deutschland den russischen Impfstoff „Sputnik V“ verabreichen lassen. Anfang Februar waren es laut rtl.de noch 45 Prozent. 30 Prozent der Befragten würden sich nicht damit immunisieren lassen.

Das Vertrauen in den Impfstoff ist demnach bei den Ostdeutschen größer als im Westen: „Während sich 69 Prozent der befragten Ostdeutschen mit dem Wirkstoff impfen lassen würden, wären dazu nur 55 Prozent der westdeutschen Befragten bereit“, heißt es wörtlich.

Die Impfbereitschaft ist generell im Vergleich zu einer Umfrage vom 16. März kaum verändert. Vor rund zwei Wochen waren es 71 Prozent (diesmal: 69) der Bürger, die sich schnellstmöglich vakzinieren lassen wollten. 13 Prozent (nun: zehn) möchten abwarten. Gegen eine Immunisierung sind derzeit acht Prozent (zuvor sieben).



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/05/1149808\\_0:0:1419:799\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_af3d6b8ac9a25e849dd8024cbb189b3d.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/05/1149808_0:0:1419:799_1440x0_80_0_0_af3d6b8ac9a25e849dd8024cbb189b3d.jpg)

snanews.de: **BSH lehnt Widersprüche der Umweltschützer gegen Nord Stream 2 ab**

Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) hat heute die Widersprüche von Umweltschützern gegen eine Baugenehmigung für die Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 aus Russland zurückgewiesen. Nach Auswertung der Bedenken und erneuter Prüfung stellte sich die erteilte Genehmigung weiterhin als rechtmäßig dar, teilte das BSH am Donnerstag mit. Die Widersprüche des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) und der Deutschen Umwelthilfe richteten sich insbesondere gegen die Entscheidung des BSH vom Januar 2021,

die Verlegung der Pipeline mit einem ankerpositionierten Schiff im Zeitraum von Ende September bis Ende Mai für eine Strecke von 16,5 Kilometern in der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone der Ostsee zu genehmigen.

Die Ergebnisse der Prüfungen hätten gezeigt, dass keine erheblichen Auswirkungen auf die Meeresumwelt oder die Schutzziele des Vogelschutzgebietes Pommersche Bucht bei einer Verlegung mittels eines ankerpositionierten Schiffs in diesem genehmigten Zeitraum zu erwarten seien, erläuterte BSH-Präsidentin Karin Kammann-Klippstein. Das BSH ist die zentrale maritime Behörde Deutschlands.

Die Pipeline Nord Stream 2, die Erdgas von Russland durch die Ostsee nach Deutschland transportieren soll, verläuft parallel zu der schon betriebenen Leitung Nord Stream. Nach Angaben des Projektbetreibers Nord Stream 2 AG sind bereits 2339 der insgesamt 2460 Kilometer Rohre verlegt worden. Das Projekt sei damit zu 95 Prozent fertig. Aktuell wird nur noch in den Gewässern Dänemarks und Deutschlands gebaut. ...



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/19/1439396\\_0:0:3073:1728\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_49a6f1a7e3f638ae9af7ba965599ffe0.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/19/1439396_0:0:3073:1728_1440x0_80_0_0_49a6f1a7e3f638ae9af7ba965599ffe0.jpg)

dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin hat das Bildungs- und Wissenschaftsministerium angewiesen, Vorschläge zu Möglichkeiten der Erhöhung der Stipendien für Studierende und Auszubildende zu machen. Die Anweisung erfolgte auf einer Sitzung zu Fragen der Arbeitsplatzvermittlung von Studenten von Bau- und technischen Fachgebieten.

Derzeit können in der DVR Auszubildende für Facharbeiterberufe 600 Rubel monatlich erhalten, Studenten für Fachrichtungen auf mittlerer Ebene 1320 Rubel, Studenten an Hochschulen 1752 Rubel. Bei nachgefragten Fachrichtungen können die Zahlungen höher sein, bei mittlerer Berufsbildung 15%, bei höherer bis zu 50%.

de.rt.com: **Lawrow: Russland will Militärzusammenarbeit mit NATO wiederaufnehmen**

Im Rahmen des Russland-NATO-Rates will der Kreml die Zusammenarbeit mit der NATO weder in Gang bringen. Dies erklärte der russische Außenminister Sergei Lawrow. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg zufolge hat Russland die Einladung zur Einberufung des Rates ignoriert.

Auf einer Sondersitzung der Nahostkonferenz im Rahmen des internationalen Waldai-Diskussionsclubs erklärte der russische Außenminister Sergei Lawrow, Russland wolle die militärischen Kontakte zur NATO wiederaufnehmen. Dem russischen Chefdiplomaten zufolge besteht das Problem jedoch darin, dass das Thema Ukraine wiederholt zur Sprache gebracht wird. Lawrow wörtlich:

"Unser Kollege Stoltenberg erklärt, Russland weigere sich, im Russland-NATO-Rat zu arbeiten. Aber wir weigern uns nicht zu arbeiten, wir wollen einfach nicht dort sitzen und von

der Ukraine hören."

Der russische Außenminister betonte, die NATO habe zwar nichts mit der Ukraine zu tun, bestehe aber darauf, die Ukraine bei den Sitzungen des Russland-NATO-Rates zum Thema Nummer eins zu machen.

"Wir haben uns ein paar Mal hingesetzt und zugehört. Wir wissen das schon alles. Daher haben wir vorgeschlagen, die Militärzusammenarbeit wiederaufzunehmen, um das in Helsinki geschlossene Sicherheitsabkommen zu retten. Sie lehnen dies aber ab."

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sei jetzt mit militärischen und politischen Problemen konfrontiert, erklärte Lawrow. Dem Außenminister zufolge nimmt Russland die Erweiterung der NATO, das Heranrücken militärischer Infrastruktur an die russischen Grenzen und die militärische Präsenz der Allianz im Baltikum und in Norwegen sehr ernst. Die OSZE müsse ihre Verantwortung für die militärische und politische Situation in Europa annehmen und die Einhaltung der Abkommen zwischen Russland und der NATO gewährleisten.

"Die NATO-Mitgliedstaaten weigern sich jedoch ausdrücklich, auch die von uns vorgeschlagenen militärischen Vertrauensmaßnahmen zu diskutieren, einschließlich des Vorschlags, die Militärübungen in einer vereinbarten Distanz zur Kontaktlinie durchzuführen und die Distanz für die Annäherung von Flugzeugen und Schiffen zu vereinbaren. Sie weigern sich einfach, darüber zu diskutieren."

NATO-Generalsekretär Stoltenberg erklärte zuvor auf einer Pressekonferenz, die Nordatlantische Allianz bedauere, dass seit Sommer 2019 kein einziges Treffen des Russland-NATO-Rates stattgefunden habe. Verantwortlich ist hierfür angeblich der Kreml, der die Einladung zur Einberufung des Russland-NATO-Rates ignoriert haben soll.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/60659e1348fbef017761eff9.jpg>

**armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 01.04.2021**

In den letzten 24 Stunden vom 31. März auf den 1. April hat der Gegner weiter Feuerprovokationen begangen.

In Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **zwei Feuerprovokationen** auf das Territorium unserer Republik begangen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 15. Bataillons der 58. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kaschtschenko das Feuer mit Granatwerfern auf das **Gelände des Volvo-Zentrums** in Donezk eröffnet.

**Seit Beginn des heutigen** Tages haben Kämpfer des 3. Bataillons der 28. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Martschenko **Alexandrowka** mit Antipanzergranatwerfern beschossen und sechs Geschosse abgefeuert. Dabei wurde das Dach eines privaten Wohnhauses in der Gorkij-Straße 58 beschädigt.

In Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands haben Kämpfer des 16. Bataillons der 58. Brigade **technische Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung neuer Positionen** im Gebiet von Newelskoje durchgeführt.

Wir rufen das GZKK der Ukraine auf, eine Ermittlung zu diesem Fall durchzuführen, und wir wenden uns auch an die OSZE-Mission, dass diese ein Monitoring des genannten Gebiets durchführt, um Verletzungen der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle und Einhaltung des Waffenstillstands des Regimes der Feueinstellung zu erfassen.

Außerdem wurden bei der Durchführung technischer Arbeiten auf den Positionen der 58. Brigade im Gebiet von Peski infolge des Geratens auf eine eigene Mine zwei Soldaten des Verbandes verletzt.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen 13 Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 72. mechanisierten Brigaded:

zwei Haubitzen 2S1 „Gwosdika“ in der Nähe eines privaten Hauses in Nowoolenjowka;

ein Schützenpanzer in der Nähe einer Schule in Werchnetorezkoje;

ein Schützenpanzer in der Suworow-Straße in Awdejewka;

ein Schützenpanzerwagen am westlichen Rand von Nowobachmutowka.

Aus dem Bestand der 59. Panzergrenadierbrigade:

zwei Schützenpanzer am Rand von Sajzewo auf dem Gebiet eines privaten Hauses.

Aus dem Bestand der 10. Gebirgssturmbriade:

vier T-64-Panzer und vier T-72-Panzer auf dem Gebiet eines Industrieobjekts in der Miroschnitschenko-Straße in Konstantinowka. Es muss angemerkt werden, dass die OSZE-Mission zuvor bereits die Anwesenheit dieser Technik festgestellt hatte, aber das Kommando der OOS bis jetzt keinerlei Erklärungen zu deren Stationierung in der Ortschaft abgegeben hat.

**Außerdem behindert das Kommando der OOS weiter die Arbeit der internationalen Beobachter**, indem es die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission blockiert. So wurde festgestellt, dass, um die Entdeckung verbotener Waffen der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, die zuvor von OSZE-Mitarbeitern entdeckt wurden, zu verhindern, aktiv Stationen zur Funkblockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung in Kosntantinowka und Nikolajewka Wtoraja eingesetzt werden.

Ich erinnere daran, dass wir im Lauf der Woche mehrfach erklärt haben, dass das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ ein weißes SIL-131-Fahrzeug, das der Vertreter der Ukraine im GZKK gehört, zur Lieferung von Munition für schwere Waffen sowie zum Transport von Diversions- und Erkundungsgruppen und Scharfschützengruppen an die Frontpositionen der Kämpfer nutzt. Es muss angemerkt werden, dass wir die Anwesenheit des SIL-131 auf den Positionen der 36. Marineinfanteriebrigade und der 58.

Panzergrenadierbrigade am 29. März bemerkt haben, danach wurde Mörserbeschuss von diesen Positionen aus festgestellt. Außerdem wurde die Anwesenheit des genannten Fahrzeugs im Zeitraum der Treffen der Kontaktgruppe zu Fragen der Regelung des Konflikts im Donbass beobachtet.

Wir rufen die OSZE-Mission auf, in höchst ernsthafter Weise die Aufmerksamkeit auf diese Sachverhalte zu richten und auf die Verletzung der Genfer Konvention durch die ukrainische Seite zu reagieren, außerdem fordern wir von der Vertretung der Ukraine im GZK, die Nutzung von Fahrzeugen mit GZKK-Symbolik auf den Positionen der ukrainischen

Streitkräfte zu unterbinden, um die Beteiligung ukrainischer Beobachter an Provokationen zu verhindern.

Wir erhalten weiter **Informationen über Vorfälle und Verbrechen in den Reihen der BFU**. Von den Positionen des 24. Bataillons „Ajdar“ der 53. Brigade im Gebiet von Starognatowka aus wurde der Kommandeur einer Abteilung Feldwebel Kischenew in kritischem Zustand evakuiert. Bei der ärztlichen Untersuchung wurde festgestellt, dass der Kämpfer systematisch harte Drogen konsumierte, vermutlich Heroin.

Im Zusammenhang damit hat der militärische Rechtsordnungsdienst eine Kontrolle des Personals des Bataillons „Ajdar“ auf den von ihnen eingenommenen Positionen in Bezug auf Drogenkonsum vorgenommen.

Im Ergebnis einer medizinischen Begutachtung wurden bei 12 Kämpfern Drogen entdeckt, fünf von ihnen befanden sich zum Zeitpunkt der Kontrolle unter Drogeneinfluss, drei weitere unter Alkoholeinfluss.

Auf Befehl des Kommandeurs der 53. Brigade Titenko wurde Feldwebel Kischenew rückwirkend entlassen.

Gleichzeitig versuch der Brigadekommandeur Titenko, der um seine Karriere fürchtet, den den Drogenkonsum beim übrigen Personals des Bataillons sorgfältig gegenüber dem übergeordneten Kommando zu verheimlichen.

Wir verfügen über die Aufzeichnung von Gesprächen von Kämpfern des Bataillons „Ajdar“, die diese Information bestätigt.

#### snanews.de: **Nawalny tritt in Hungerstreik – Strafvollzugsbehörde weist Vorwürfe von Kreml-Kritiker zurück**

Der inhaftierte oppositionelle russische Blogger Alexej Nawalny ist nach eigenen Angaben in den Hungerstreik getreten, mit der Forderung, einen Arzt seiner Wahl zu ihm zu lassen, dessen Besuch ihm verwehrt werden soll.

„Ich habe den Hungerstreik erklärt mit der Forderung, das Gesetz einzuhalten und den eingeladenen Arzt zu mir zu lassen. Also liege ich zwar hungrig hier, aber vorläufig mit beiden Beinen“, heißt es in einer Mitteilung, die in seinem Instagram-Account veröffentlicht wurde.

Zuvor hatte Nawalnys Anwältin, Olga Michailowa, nach einem Besuch bei ihm in der Justizvollzugsanstalt über gesundheitliche Probleme ihres Mandanten berichtet. Ihr zufolge hat der 44-Jährige Schmerzen im Rücken und in einem Bein.

In einer Instagram-Mitteilung erläuterte Nawalny, dass „die Rückenschmerzen sich auf ein Bein ausgebreitet“ hätten. „Bereiche des rechten und nun auch des linken Beins haben ihre Empfindsamkeit verloren“, hieß es weiter. Zudem beklagte sich Nawalny über mutmaßlichen Schlafentzug.

Nach den Angaben von Michailowa durfte der eingeladene Arzt Nawalny nicht besuchen. Die empfohlenen Medikamente dürften an ihn nicht weitergegeben werden, und seine Diagnose und die Ergebnisse der medizinischen Untersuchung seien immer noch nicht bekannt. Zur Behandlung werde ihrem Mandanten das Schmerzmittel Ibuprofen verabreicht.

Nawalny ist in Pokrow, rund 100 Kilometer östlich von Moskau im Gebiet Wladimir, inhaftiert.

#### **Strafvollzugsbehörde weist Nawalnys Vorwürfe zurück**

Die russische Strafvollzugsbehörde FSIN hat Nawalnys Vorwürfe wegen schlechter Behandlung zurückgewiesen.

Laut der regionalen Strafvollzugsbehörde bekommt der Kreml-Kritiker entsprechend den aktuellen medizinischen Indikationen „jede notwendige medizinische Hilfe“.

Außerdem betonte die Behörde, dass die Überwachung von Verurteilten, Nawalny eingeschlossen, in Übereinstimmung mit den Anforderungen des geltenden Rechts organisiert und gegenüber allen Inhaftierten ohne Ausnahmen zur Anwendung komme.

Zudem achte das Personal der Strafvollzugsanstalt streng auf das Recht aller Häftlinge auf einen ununterbrochenen achtstündigen Schlaf, hieß es in einer Mitteilung, die auf der Webseite der regionalen Strafvollzugsbehörde veröffentlicht wurde. Nachts würden die Wohnräume der Häftlinge von Strafvollzugsbeamten gemäß den gesetzlichen Vorschriften kontrolliert, um das Vorhandensein der Häftlinge zu prüfen, hieß es. „Diese Maßnahmen beeinträchtigen die Ruhepause der Verurteilten nicht“.

Außerdem teilte die Behörde mit, Nawalny sei wegen wiederholter Verstöße verwarnet worden. Er habe sich beispielsweise geweigert, die Aufgaben des Diensthabenden zu erfüllen und gegen die Auflagen in Bezug auf die Kleidung sowie die Tagesordnung verstoßen.

### **Nawalnys Verurteilung**

Am 2. Februar hatte das Simonowski Gericht in Moskau Nawalny zu 3,5 Jahren Haft verurteilt. Die Bewährungsstrafe aus dem Verfahren von 2014, bei dem es um Unterschlagung von insgesamt rund 500.000 Euro ging, wurde somit in eine Haftstrafe umgewandelt.

Die Richterin erklärte aber zugleich, dass die Zeit, die Nawalny im Hausarrest verbracht habe, berücksichtigt werde. Somit wird der Blogger – falls seine Verteidigung mit einer Berufung scheitert – etwa 2,5 Jahre im Gefängnis absitzen müssen.

Die Verurteilung von Nawalny war im Rahmen eines Strafverfahrens erfolgt, das auf Antrag von Bruno Leproux, dem damaligen Chef der russischen Filiale des Unternehmens Groupe Yves Rocher, eingeleitet worden war. Ein Gericht stellte fest, dass Alexej Nawalny und sein Bruder Oleg Vertreter von Yves Rocher Vostok auf betrügerische Weise dazu gebracht haben, einen Vertrag über die Postbeförderung mit einer von ihnen gegründeten Firma zu schließen. Die Dienstleistungen, die von der Firma von Nawalny hätten bereitgestellt werden sollen, wurden nach dem Urteil tatsächlich von einem anderen Unternehmen – und zu überhöhten Preisen – erbracht.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e5/02/02/762065\\_0:0:1145:645\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_0c14d7860eb\\_e7e5762e2463e890af291.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e5/02/02/762065_0:0:1145:645_1440x0_80_0_0_0c14d7860eb_e7e5762e2463e890af291.jpg)

### **Mil-Inr.info: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko**

In den letzten 24 Stunden wurden **zwei Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung der Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 92. Brigade mit großkalibrigen Maschinengewehren auf das Gebiet von **Solotoje-5** geschossen.

In Richtung **Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 14. Brigade von den Positionen bei Orechowo das Gebiet von **Golubowskoje** mit automatischen Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen. ...

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen stationiert der Gegner weiter **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium.

Im Verantwortungsbereich der 59. Brigade wurde die Stationierung eines Schützenpanzerwagens in einem Wohngebiet von Mironowskij bemerkt sowie die Ausrüstung von Unterständen für Technik, die mit Tarnnetzen versehen sind, durch Kämpfer der 59. Brigade in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern. ...

#### snanews.de: **Lawrow: Berlin und Paris wollen Zusammenarbeit statt „Impfstoffdiskriminierung“**

Moskau spürt den Wunsch Deutschlands und Frankreichs, im Kampf gegen die Pandemie zusammenzuarbeiten, anstatt sich auf "Impfstoffdiskriminierung" einzulassen. Dies erklärte der russische Außenminister, Sergej Lawrow, am Donnerstag in einer Sendung des russischen TV-Senders „Perwykanal“

„Am 30. März führte (Russlands Präsident – Anm.d.Red.) Wladimir Putin Gespräche mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Wir spürten eine realistischere Einstellung, zusammenzuarbeiten und nicht zu versuchen, Impfstoffdiskriminierung oder Impfstoffpropaganda zu betreiben“, sagte Lawrow.

Nach Angaben des Ministers gab die Pandemie neue Impulse für Diskussionen: Inwieweit haben sich Demokratien, vor allem westliche, als fähig erwiesen, „diesem absoluten Übel“ zu widerstehen, und inwieweit Länder mit einer zentralisierten, starken, autoritären Regierung erfolgreich waren.

„Die Geschichte wird urteilen. Hier müssen wir auf die Ergebnisse warten. Wir wollen zusammenarbeiten, wir haben nie jemanden beschuldigt, wir haben nie Medienkampagnen gegen jemanden organisiert, obwohl uns dies vorgeworfen wird“, betonte der Minister.

„Sie erinnern sich daran, wie die Haltung zu Sputnik V aufgebaut wurde. Zuerst sagten sie, dass dies nicht wahr sei, dann sagten sie, dass es sich um Propaganda handle, die ausschließlich dazu gedient habe, das politische Interesse Russlands an der Welt zu fördern. Wir hören das Echo von all dem“.

Der russische Präsident, die deutsche Bundeskanzlerin und der französische Staatschef hatten am Mittwoch Verhandlungen im Format einer Videokonferenz geführt. Unter anderem wurden die Perspektiven der Registrierung des russischen Impfstoffs „Sputnik V“ in der EU sowie mögliche Lieferungen und die gemeinsame Herstellung dieses Präparats in den europäischen Ländern erörtert.

„Sputnik V“ wurde bereits in 58 Ländern mit einer Gesamtbevölkerung von mehr als 1,5 Milliarden Menschen gebilligt. Nach der Zahl der Genehmigungen belegt der russische Impfstoff den zweiten Platz in der Welt.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/01/45847\\_0:191:2961:1857\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_78676aa7ff3600ce64f856ad7a93c59f.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/01/45847_0:191:2961:1857_1440x0_80_0_0_78676aa7ff3600ce64f856ad7a93c59f.jpg)